

Europa: CCEE-Symposium über Freiheit und Solidarität

Rund 280 Bischöfe, Priester, Ordensleute und Laien sowie Vertreter anderer christlicher Kirchen trafen sich im September in Prag zum achten Symposium des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE). Dabei zeigten sich Konfliktlinien sowohl in bezug auf die Lage der katholischen Kirche im nachkommunistischen Europa wie auch in bezug auf den CCEE selbst.

Unter dem Thema „Das Evangelium leben – in Freiheit und Solidarität“ fand vom 7. bis 12. September in der Nähe von Prag das VIII. Symposium des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) statt. Die letzte Veranstaltung dieser Art hatte sich im Oktober 1989 in Rom mit Fragen des pastoralen Umgangs mit Geburt und Tod befaßt (vgl. HK, November 1989, 537; Dezember 1989, 567ff.). Gegenüber früheren CCEE-Symposien war die Zusammensetzung neu: in Prag nahmen neben Vertretern der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) auch rund 150 Priester, Ordensleute und Laienvertreter teil, die Ergebnisse aus Meinungsbildungsprozessen ihrer jeweiligen Zusammenschlüsse auf europäischer Ebene einbrachten.

Gleich in mehrfacher Hinsicht hatte das Prager Symposium Übergangs-Charakter. Zum einen in bezug auf die neue politische Lage zwischen Ost- und Westeuropa. Es war das erste Mal nach den politischen Umwälzungen im ehemals kommunistischen Mittel- und Osteuropa, daß der CCEE zu einem Symposium einlud. Unabhängig vom eigentlichen Gegenstand des Symposiums ergab sich vor diesem zeitgeschichtlichen Hintergrund schon ein thematischer Schwerpunkt wie Stoff für Kontakte und Gespräche am Rande. Die Eröffnungs- und Schlußgottesdienste im Veitsdom sowie der Empfang bei Staatspräsident *Václav Havel* auf der Burg waren angesichts der bis vor weni-

gen Jahren auch für Ostblockverhältnisse äußerst schwierigen Existenzbedingungen der Kirche in der damaligen ČSSR bewegende Augenblicke.

Unbequeme Fragen für die Ortskirchen in Osteuropa

Die Frage nach der Rolle der katholischen Kirche unter der kommunistischen Herrschaft sowie der Haltung der Kirche in den ehemals sozialistischen Ländern zur pluralistischen Gesellschaft erwiesen sich in Prag als Themen mit erheblicher innerkirchlicher Brisanz. Auf heftige Ablehnung polnischer Bischöfe stieß das Eingangsreferat der Warschauer Soziologin *Jolanta Babiuch*, in dem diese die gesellschaftliche Rolle der katholischen Kirche in erster Linie in Polen, aber auch in anderen Ostblockländern problematisierte: ihre Haltung etwa zur Frage des Privateigentums, die Nähe mancher Kleriker zu nationalistischen und faschistischen Bewegungen, das Lavieren der Kirche zwischen Selbstverteidigung und gesellschaftlicher Wirklichkeit, ihr Verhältnis zur nicht-kirchlichen demokratischen Opposition, die Frage danach, was die katholische Kirche eigentlich bewegte, den Kommunismus zu verurteilen, dessen Atheismus oder Totalitarismus.

Der Vortrag von Frau Babiuch konfrontierte auf unpolemische Weise mit einer Reihe von für die Kirche in

Osteuropa äußerst unbequemen Fragen, wie sie gegenwärtig innerhalb wie außerhalb der Kirche gestellt werden und denen diese im Maße der politischen und gesellschaftlichen Normalisierung in ihren Ländern immer weniger ausweichen kann. Entgegen der Tagesordnung erhielten Teilnehmer die Gelegenheit, sich von diesem Referat zu distanzieren. Erzbischof *Stroba* (Posen), einer der zentralen Persönlichkeiten der polnischen Kirche in den Staat-Kirche-Beziehungen zur Zeit des kommunistischen Regimes, und Kardinal *Meisner* (Köln) wiesen darauf hin, daß es sich um die Meinung einer „Ungläubigen“ (*Stroba*) handele bzw. daß die Kirche als Mysterium nicht in den Blick komme (*Meisner*). Kardinal *Basil Hume* (Westminster), Vorsitzender der Vorbereitungskommission, und Bischof *Karl Lehmann* (Mainz), seit April einer der beiden Vizepräsidenten des CCEE, meinten indes vor der Presse, man müsse nicht jede historische Bewertung von Frau Babiuch teilen, um das Referat für die Diskussion als anregend zu empfinden.

Von der spannungsreichen Situation in einer der betroffenen mitteleuropäischen Ortskirchen zeugte auch ein Vortrag des früheren Sekretärs der Tschechischen Bischofskonferenz und jetzigem Philosophie-Dozenten an der Prager Karls-Universität, *Tomáš Halík*. Die Kirche kümmere sich gegenwärtig um „vielerlei“: um die Erneuerung ihrer Institutionen, die Restitution des Kirchenbesitzes, die Renovierung der Gebäude und darum, wie man mit so wenigen Priestern möglichst viele Pfarreien besetzen und für die Gläubigen Gottesdienste ermöglichen könne. Das sei zwar alles notwendig. Aber das Wesentliche solle man nicht vergessen: dem Volk Gottes Hirten und Propheten zu geben. Zur Lage der Theologie meinte Halík, diese werde nicht selten für einen „überflüssigen Luxus“ gehalten, für „gefährliche Vernünftelheit und Diskutiersucht“. Als „größte Gefahr“ für die Kirchen in Mittel- und Osteuropa bezeichnete Halík einen „reflexionslosen, seichten Praktizismus“.

Halík stellte auch eine Verbindung zum thematischen Schwerpunkt des Symposiums her, dem *Umgang mit Freiheit und Solidarität im postkommunistischen Europa*. Wenn die Kirchen in den postkommunistischen Ländern auf die moderne Pluralitätswelt mit „jener in der Konfrontation mit dem Kommunismus erlernten pastoralen Strategie und Widerstandspsychologie reagieren sollten, werden sie bald am Rand der Gesellschaft landen und die Möglichkeit verlieren, in ihr ‚Sauerteig und Salz‘ zu sein“. Er warnte davor, sich als Kirchen des Ostens „in die Rolle von Märtyrern zu stilisieren..., die das Heil bringen oder wenigstens ständig den ‚gottlosen Westen‘ belehren und tadeln können“.

Mit „Neu-Evangelisierung“ gegen die „Gegen-Evangelisierung“

Jolanta Babiuch hatte mit derselben Stoßrichtung die Kirche vor einer „übereifrigen Suche nach äußeren Feinden“ gewarnt. Manchmal könne man aus dem Ton kirchlicher Äußerungen schließen, „die Religion werde immer noch verfolgt und unterdrückt, ja, die Verfolgung und Unterdrückung sei unter dem Pluralismus noch schlimmer als in den schlimmsten Jahren des Stalismus“. Die Katholiken würden so gewissermaßen vor eine „falsche Wahl“ gestellt: „für die Kirche und gegen die pluralistische Demokratie oder für die pluralistische Demokratie und gegen die Kirche“. Mit der Unterscheidung von „Liberalismus“ und Christentum jage man letzten Endes einem „Phantom“ nach.

Halík seinerseits sah diese Haltung ausdrücklich nicht auf den Osten beschränkt: Wenn man seitens einiger Repräsentanten westlicher Kirchen nur „Gejammer“ höre „über die gegenwärtige Welt und nichts als Warnen vor deren Verlockungen, wird dies keine große Hilfe für uns sein.“ Er fragte, ob dies bedeuten solle, daß die Menschen nicht imstande seien, auch die positiven Seiten des Teils der Welt zu sehen, in

die sie gestellt worden seien, und daß sie selbst jenes Geschenk Gottes und die Aufgabe überhaupt nicht fähig wären zu erfüllen?“

Auf dem Symposium blieben Äußerungen, wie sie Babiuch und Halík kritisierten, eher am Rande, wenn auch unüberhörbar. In seiner Botschaft an den CCEE-Präsidenten erwähnte der Papst „zahlreiche Strömungen einer ‚Gegen-Evangelisierung‘, die die christlichen Wurzeln unserer Zivilisation herausreißen wollen“ und empfahl erneut die „Neu-Evangelisierung“ als Gegenmittel. Der Generalvikar des Papstes, Kardinal *Camillo Ruini*, griff diese Aussage von Johannes Paul II. in einer Presserklärung auf und bezog sie vor allem auf den ethisch-moralischen Bereich, wobei er Moral nur als Ausdruck einer *bestimmten Anthropologie* gelten lassen wollte und in dem Zusammenhang die christliche Anthropologie scharf von *anderen Anthropologien* unterschied. In dieselbe Kerbe schlug der Generalsekretär der Italienischen Bischofskonferenz, Erzbischof *Dionigi Tettamanzi*, als er in einem Redebeitrag im Plenum die grassierende Trennung von Glaube und Moral kritisierte: Er bedauerte den vermeintlichen Verlust an Originalität einer auf den Glauben gründenden Moral („Säkularisierung der Moral“) und die damit einhergehende Negierung einer „objektiven Moral“.

Kennzeichnender für den Verlauf des Symposiums dürften Äußerungen gewesen sein, denen es weniger um die Abwehr von Tendenzen ging, die die Kirche und den von ihr verkündeten Glauben samt Moral angeblich von außen bedrohen, als vielmehr um eine unaufgeregte Auseinandersetzung mit Chancen und Risiken neuzeitlicher Freiheitlichkeit. Kardinal Hume brachte dies auf die Formeln: „Freiheit ist ein Geschenk, und wie alle Geschenke kann sie auch mißbraucht werden.“ Oder an einer anderen Stelle: „Manche Wahl macht uns zum Sklaven; eine andere befreit uns.“ Bei aller Kritik an einer zum Selbstzweck verkommenden Freiheitlichkeit und sich daraus ergebenden negativen Konsequenzen stand

Hume nicht an, positive Zeichen von Solidarität heute aufzuzeigen: Sorge um die *Menschenrechte*, Bewußtsein für *Umweltfragen*, Sorge über die *weltweite Armut*. Im übrigen aber warnte Hume davor, den Laien eine, wie er es nannte, „künstliche Trennung zwischen Mitgliedschaft in der Kirche und Bürgerschaft in der menschlichen Gesellschaft“ abzuverlangen. Es sei einer der Fehler unserer Zeit, falsche Dichotomien zwischen der Religion und dem Leben, dem Sakralen und dem Weltlichen aufzustellen. Der wahre Unterschied sei nicht der zwischen der Religion und dem Leben, sondern zwischen „dem, was wirklich ist, und dem, was Illusion ist: zwischen einem Leben in Wahrheit und einem Leben, das sich auf falsche Hoffnungen stützt“.

Nicht zu viel Freiheit, aber zu wenig Freiheitsfähigkeit

Daß Freiheit nicht unbedingt im Widerspruch zur geforderten Solidarität stehen muß, hatte auch das *Arbeitsdokument zur Vorbereitung des Prager Symposiums* unterstrichen: Auf der Basis der neuen Europäischen Wertestudie (vgl. HK, September 1993, 442ff.) kommt man darin zu dem Ergebnis, daß Religion ihre stärkste solidarisierende Kraft bei Menschen mit geringem Streben nach materieller und sozialer Belohnung sowie mit niedrigem Autoritarismus, also mit „hoher Freiheitsfähigkeit“ entwickle: „Je freier ein Gläubiger ist, desto eher liebt er in solidarischer Weise.“

Der Brüsseler Erzbischof, Kardinal *Godfried Danneels*, bemühte sich in einem Diskussionsbeitrag, Alternativen, die in der kirchlichen Verhältnisbestimmung zu neuzeitlicher Freiheitlichkeit eine Rolle spielen, zu überwinden: Das Hören auf die *modernen Wissenschaften* einerseits und auf den *Glauben* andererseits schließe sich ebensowenig an wie die *Öffnung zur Welt* und die Sorge um die *Identität als Kirche*. Während Kardinal Ruini bei der ersten Plenumsdiskussion die *objektive Dimension* von

christlich verstandener Freiheit im Unterschied zum Freiheitsverständnis der pluralistischen Gesellschaft einklagte, betonte der österreichische Jesuit *Johannes Schasching*, daß die Freiheit zur Natur des Menschen gehöre. Im Unterschied zu Marxismus und Nationalsozialismus sei Freiheit für die christliche Soziallehre nicht einem *Kollektiv*, sondern dem *Individuum* übertragen.

In dem deutlich vom Schasching-Vortrag geprägten *Zusammenfassenden Schlußbericht des CCEE-Präsidenten* heißt es unter anderem, die Ausweitung der Freiheitschancen des Menschen zähle zu den „großen Errungenschaften der neuzeitlichen europäischen Geschichte“. In den postkommunistischen wie aber auch in den anderen freiheitlichen Gesellschaften Europas bestehe kein „geistiges Vakuum“. Allerdings seien die Werte in den Bannkreis einer Kultur geraten, die von den Gesetzen des Marktes dominiert werde. In den alten Demokratien Europa, so der Bericht, gebe es „nicht zu viel Freiheit, sondern zu wenig *Freiheitsfähigkeit*. Und eben dieser Mangel (...) ist auch eine der wichtigsten Ursachen der Entsolidarisierung“.

Ist der CCEE ein nachsynodales Gremium?

Unübersehbar waren im übrigen die Versuche gerade aus der Gruppe der anwesenden Priester, Ordensleute und Laien, Freiheit und Solidarität auch für den kirchlichen Kontext zur Anwendung zu bringen, wovon im Schlußbericht von Erzbischof Vlk auffallend wenig wiederzufinden ist. Verschiedentlich wurde darauf verwiesen, der kirchliche Einsatz für Freiheit und Solidarität könne nur glaubwürdig sein, wenn dies auch innerkirchlich, und zwar in Form von veränderten Strukturen und unter Berücksichtigung der nötigen Subsidiarität, seinen Niederschlag finde. Verschiedentlich wurde auch auf die unbefriedigende Situation von Frauen in der Kirche hingewiesen.

Ein Symposium des Übergangs war Prag auch in struktureller Hinsicht. Noch vom „alten“ CCEE war es vorbereitet worden, und zwar unter der Verantwortung von Kardinal Basil Hume. Abgehalten aber wurde es vom „neuen“ CCEE unter der Leitung des Prager Erzbischofs Miloslav Vlk, der im April im Rahmen der Neustrukturierung des CCEE als Nachfolger von Kardinal *Carlo Maria Martini* zum Präsidenten des CCEE gewählt worden war (vgl. HK, Mai 1993, 224f.). Über dem Sekretariat des CCEE in St. Gallen, das bisher noch die deutlichste Verbindung vom neuen zum alten CCEE darstellt, schwebt das Damoklesschwert der Verlegung – nach Rom oder anderswohin. Als neue Variante ist unterdessen auch Prag im Gespräch, ohne daß damit der Sitz des Sekretariates an den Sitz des jeweiligen CCEE-Präsidenten gebunden würde. Die Frage nach dem CCEE-Sitz ist von erheblicher Bedeutung für die weitere Arbeit des CCEE: Es wird damit über die Frage entschieden, inwieweit der CCEE in Zukunft in den unmittelbaren Einflußbereich der Kurie gerät. Auf der im Anschluß an das Prager Symposium stattfindenden Vollversammlung wurde unterdessen beschlossen, daß das Sekretariat für die kommenden drei Jahre zunächst in St. Gallen verbleibt.

Die Frage nach dem künftigen Ort des CCEE-Sekretariats ist nur ein weiterer Hinweis darauf, wie spannungsreich sich der Übergang beim CCEE in struktureller Hinsicht gestaltet. Die Nicht-Anwesenheit von Kardinal Martini in Prag war in dieser Hinsicht ebenso sprechend wie die Versuche, den jetzigen CCEE im Unterschied zum früheren als etwas gänzlich Neues darzustellen. Im Grußwort des Papstes zum Symposium wie auch beim – in demonstrativer Nähe zum Erzbischof von Paris, Kardinal *Jean Marie Lustiger*, inszenierten – Presseauftritt von Kardinal Ruini, wurde der Eindruck zu wecken versucht, beim neuen CCEE handele es sich um ein *nachsynodales Gremium*.

Mit der Ankündigung des Papstes bei seinem Besuch im mährischen Wall-

fahrtsort Velehrad 1990, eine außerordentliche Bischofssynode zu Europa abzuhalten, soll dieser Lesart zufolge eine gänzlich neue Epoche in der Zusammenarbeit der europäischen Bischöfe begonnen haben; weitere Stufen waren dann die Synode 1991 sowie die Ankündigung der Neustrukturierung des CCEE durch den Papst ein Jahr nach der Synode (vgl. HK, Januar 1993, 50f.). Beim CCEE, an dem die europäischen Bischöfe festhielten, obwohl der Papst die Gründung einer neuen „Struktur“ zur Umsetzung der synodalen Vorhaben lieber gesehen hätte, soll künftig offenbar wenig mehr an den früheren erinnern. Von Kontinuität mit der Arbeit des CCEE seit 1965 war in Prag auffallend wenig die Rede.

Keht man wieder zu reinen Bischofssymposien zurück?

Sosehr das Prager Symposium alles in allem der bisherigen Linie des CCEE, die sich mit Namen wie Etchegaray, Hume und Martini verbindet, treu geblieben ist, die *Konfliktlinien der Zukunft* sind und bleiben ebenso vorgezeichnet. Wie sich das jetzige Präsidium bestehend aus Erzbischof Vlk, Bischof Lehmann und dem Vorsitzenden der Ungarischen Bischofskonferenz, Erzbischof *István Seregély von Eger*, dieser Konstellation gegenüber verhalten wird, bleibt vorerst abzuwarten. Daß man sich unbesehen vor den Karren von Kardinal Ruini spannen läßt, darf man indes ausschließen.

Zur Frage, wie es beim CCEE weitergehen wird, gehört auch die Frage, ob man in Zukunft zu reinen *Bischofssymposien* zurückkehren oder im Stile des Prager Treffens weitermachen wird. Die Vertreter der Priester, Ordensleute und Laien äußerten sich sehr befriedigt über die Möglichkeit der Mitwirkung und bestärkten den CCEE, in dieser Form auch künftig zu verfahren. Nicht jedem, der sich besorgt zeigte um die *Arbeitsfähigkeit* eines Symposiums mit seinen diesmal fast 300 Teilnehmern, ging es tatsächlich nur darum. *K.N.*